

Kein neuer Name für Wagenfeldstraße

Gemeinderat stimmte mehrheitlich gegen eine Umbenennung

Von Edgar Rabe

REKEN. Die Wagenfeldstraße wird nicht umbenannt, die Gemeinde Reken distanziert sich von den nationalsozialistischen Äußerungen von Karl Wagenfeld. Diesen Beschluss fällt der Gemeinderat am Montagabend mehrheitlich. 17 Ja-Stimmen, fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen – so das Abstimmungsergebnis. Vor diesem Votum hatte der Rat in geheimer Abstimmung, die Gisela Raupach von der SPD beantragt hatte, die grundsätzliche Frage „Umbenennung ja oder nein“ beschlossen. Neun Ratsmitglieder stimmten für eine Umbenennung, 15 dagegen. Soweit die Formalie.

Den Abstimmungen war eine zum Teil hitzig geführte Debatte vorausgegangen, in der es vor allem um die In-



Ein Blick in die Wagenfeldstraße: Sie soll ihren Namen behalten.

Foto: Liebetanz

Wir fühlen uns dem Bürgerwillen verpflichtet.

Bernhard Schemmer (CDU) zum Anwohnervotum

terpretation der Ergebnisse einer Befragung der Anwohner ging, die sich zum Thema Umbenennung äußern konnten. Die Gemeinde hatte die Anwohner angeschrieben, um deren Meinung pro oder contra Umbenennung zu erfahren.

Von 33 angeschriebenen Anwohnern beziehungsweise Eigentümern hatten sich 17 zurückgemeldet und allesamt gegen eine Umbenennung ausgesprochen. Die Gemeindeverwaltung hatte sich zur Anwohnerbefragung entschlossen, nachdem die FDP-Fraktion das Thema über die Borkener Zeitung in die Öffentlichkeit gebracht hatte. Dies, so Bürgermeister Heiner Seier, sei entgegen der Absprache aller Fraktio-

nen, die Thematik zunächst intern und nichtöffentlich zu beraten, geschehen. Durch den Alleingang der FDP sei das verabredete Vorgehen nicht mehr möglich gewesen. „Das haben Sie kaputt gemacht“, betonte Seier an die Adresse von Bernhard Lammersmann. Da Seier aus den Ausführungen des Freidemokraten zu diesem Vorgehen Vorsatz ableitete, fand der Bürgermeister, dass Lammersmann dafür eigentlich eine Rüge verdient habe.

Grüne und FDP trugen ihre Anträge vor. Hermann Dreischenkemper verlas die ausführliche Begründung. Beide Fraktionen sprachen sich für eine Umbenennung aus, die SPD ebenfalls, CDU und UWG lehnten sie ab. Für die CDU unterstrich Bernhard Schemmer: „Wir fühlen uns dem Bürgerwillen verpflichtet.“ Der Beschluss solle lauten: Die Wagenfeldstraße wird nicht umbenannt, gleichzeitig distanziert sich die Gemeinde von den nationalsozialistischen Äußerungen von Karl Wagenfeld.

Während die CDU mutmaßte, dass es wohl in der Straße keinen gebe, der für

eine Umbenennung sei, sahen das andere Fraktionen anders. Da sich die Zahl derer, die sich äußerten (17) und jener, die nicht auf die Befragung reagierten (16), nahezu gleich groß ist, sprach Gisela Raupach von einer Pattsituation. Die Sozialdemokratin unterstrich: „Karl Wagenfeld war jemand, der sich Hitler aus voller Überzeugung angedient hat.“ Auch Grüne und FDP interpretierten das Nichtreagieren anders. Die „schweigende“ Hälfte der Be-

fragten müsse nicht automatisch gegen eine Umbenennung sein. Bruno Hartling (Grüne) unterstrich, dass es Ziel sein müsse, NS-belastete Straßennamen zu tilgen. „Und wenn nur einer dafür

„Karl Wagenfeld war jemand, der sich Hitler aus voller Überzeugung angedient hat.“

Gisela Raupach (SPD) in der Debatte

ist, sollte man dem Rechnung tragen“, löste er das Zahlenspiel auf pragmatische Art. Dreischenkemper kritisierte, dass die Kurzbiografie Wagenfelds, die dem Anwohnerschreiben beigefügt war wenig hilfreich gewesen sei. „Ich sehe das nicht als Grundlage, sich damit ein Meinungsbild zu machen.“ In der Debatte fand eine Auseinandersetzung mit der Person Karl Wagenfeld nur am Rande statt.

| Kommentar